

Jahresmittelstandsbericht 2016: Mittelstand ist fit für den Erfolg, wenn Rahmenbedingungen stimmen

Die in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand kooperierenden führenden Wirtschaftsverbände, darunter der BGA, haben am 7. Juni 2016 den Jahresmittelstandsbericht 2016 vorgelegt. Unter dem Titel „Der Mittelstand – Starker Partner für Europa“ wurden die aktuellen Handlungsnotwendigkeiten aus Sicht der mittelständischen Unternehmen in einem derzeit schwierigem Umfeld von globalen Unsicherheiten und schwacher wirtschaftlicher Dynamik aufgezeigt. Anlässlich der Vorstellung nahmen auf Einladung der AG Mittelstand am Parlamentarischen Abend Iris Gleicke MdB, Staatssekretärin und zugleich Mittelstandsbeauftragte der Bundesregierung, und Wolfgang Kubicki für die Opposition zum Jahresmittelstandsbericht Stellung.

Parlamentarischer Abend mit großer Resonanz

Über 160 Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Verbänden fanden sich in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft zum Dialog über die Anforderungen des Mittelstands ein. Für die Arbeitsgemeinschaft begrüßte Dr. Horst Vinken, Präsident des BFB, die zahlreichen Gäste und stellte die wichtigsten Themen des Jahresmittelstandsberichts vor.

Für die Bundesregierung führte Mittelstandsbeauftragte Iris Gleicke aus, dass für den weiteren Erfolg der Mittelstand eine gute Fachkräftebasis, die Unterstützung bei der digitalen Entwicklung, den Bürokratieabbau sowie eine solide Mittelstandsfinanzierung brauche. Als positive Beispiele der derzeitigen Regierungsarbeit hob sie die Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015 hervor, die Etablierung von Willkommenslotsen für die berufliche Integration von Flüchtlingen, den Infrastrukturausbau sowie die bereits umgesetzten und noch geplanten Maßnahmen zum Bürokratieabbau.

Wolfgang Kubicki, stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, stimmte Gleicke zu, dass es Deutschland derzeit sehr gut gehe. Ihn Sorge allerdings, dass immer weniger junge Leute bereit seien, sich selbstständig zu machen. Deutschland sei angewiesen auf unternehmerischen Geist und Innovation.

Schwerpunkte des Mittelstandsberichts

Für die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand ist der europäische Binnenmarkt Herzstück Europas und ein wichtiger Wirt-

schaftsfaktor. Mit einer weiteren Öffnung der Märkte bei gleichzeitiger Beseitigung bürokratischer Hürden und bestehender Handelshemmnisse zahlen sich die Vorteile der Europäischen Union für die Unternehmen und Bürger noch mehr aus, so die AG weiter.

Das Transatlantische Freihandelsabkommen wird von der AG Mittelstand unterstützt. Die in TTIP vorgesehenen Regelungen zur Vermeidung doppelter Zertifizierung und Prüfung würden insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen entlasten. Die hierzulande bewährten Standards sollen dabei nicht abgesenkt werden.

Damit der Mittelstand die ökonomischen Potenziale der Digitalisierung nutzen könne, sei eine moderne und schnelle Breitbandversorgung flächendeckend unerlässlich. Eine weitere Herausforderung der Digitalisierung sei das geltende Recht, besonders zum geistigen Eigentum und das Urheberrecht. Momentan bestünden unterschiedliche Rechtsrahmen in den europäischen Ländern, so die Kritik der Arbeitsgemeinschaft. Sie unterstreichen, dass eine praxistaugliche Lösung auf europäischer Ebene die Digitalisierung voranbringen sollte. Berücksichtigt werden solle dabei, dass Mittelständler in Europa mit Blick auf den Datenaustausch mit den USA eine sichere Rechtsgrundlage erwarten dürfen.

Für einen erfolgreichen demographischen Wandel fordert die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand eine Flexibilisierung und Entbürokratisierung der arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen und die Schaffung zusätzlicher Kapazitä-

ten durch eine Entbürokratisierung. Von mehr Flexibilität würden sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte profitieren. Dafür müsse zudem das Bildungssystem durchlässiger gestaltet werden. Geflüchtete Menschen mit Bleibeperspektive müssten schnell und qualifiziert in den Arbeitsmarkt und damit in die Mitte der Gesellschaft integriert werden, um die zukünftigen Herausforderungen gemeinschaftlich zu stemmen.

Die Finanzierung des Mittelstandes steht erneut auf der Agenda des Jahresmittelstandsberichts. Angesprochen wurde, dass statt einseitigen Erleichterungen bei Kapitalmarktfinanzierungen die bankbasierte Finanzierung im Rahmen der Kapitalmarktunion gestärkt werden müsse. Die beabsichtigte Vergemeinschaftung der nationalen Einlagensicherungen durch die EU-Kommission lehnt die Arbeitsgemeinschaft einvernehmlich Mittelstand ab.

[Michael Alber, Moritz Melchior]

❶ In der AG Mittelstand sind neben dem BGA neun weitere Verbände tätig: BFB, BVR, DEHOGA, DIHK, DRV, DSGV, HDE, ZGV und ZDH.

❶ Den Jahresmittelstandsbericht können Sie unter <http://www.arbeitsgemeinschaft-mittelstand.de/jahresmittelstandsberichte/> herunterladen.

BGA AKTUELL

Fehlstart für den Großhandel

„Das laufende Jahr hat für den Großhandel mit einem Fehlstart begonnen. Seine bisherige Entwicklung lässt darauf schließen, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik gegenüber dem ersten Quartal nachlässt. Wachstumstreiber bleibt der Konsumsektor, während der Investitionsbereich weiterhin nicht in Fahrt kommt. Das heftige Auf und Ab im Großhandel deutet daraufhin, dass die Unsicherheiten an den Märkten steigen. Wir täten daher gut daran, weiter für wirtschaftlich schwierigere Zeiten vorzusorgen.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner anlässlich der vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichte aktuelle Umsatzentwicklung im Großhandel.

Die deutschen Großhandelsunternehmen setzten im 1. Quartal 2016 nach Angaben von Destatis real 2,1 Prozent weniger um als im Vorjahresquartal. Nominal ging der Umsatz sogar um 3,6 Prozent zurück. Diese Entwicklung ist

dabei mit heftigen Ausschlägen nach oben und unten verbunden.

„Vor uns liegen nach wie vor vielfältige Herausforderungen aus globalen Strukturwandel, Demografie und Migration. Diese führen weiter zu enormen Unsicherheiten. Die Unternehmen müssen in eigenem Interesse ihre Wettbewerbsposition sichern, aber auch die Politik muss dazu die Verbesserung der Rahmenbedingungen vorantreiben. Es besteht reichlich Reformbedarf in der Infrastruktur, im Bildungswesen, im Wohnungsbau, zur Sicherung einer kostengünstigen Energieversorgung und zur Reduzierung von Bürokratie, insbesondere bei Steuern und Abgaben“, so Börner abschließend.

❶ BGA-Pressemitteilung vom 3. Juni 2016

Garantiehafung des Verkäufers für Aus- und Einbauleistungen schadet deutschem Mittelstand

„Von der geplanten Garantiehafung des Verkäufers für Aus- und Einbauleistungen werden weniger die im Fokus des Gesetzgebers stehenden Handwerksbetriebe profitieren, sondern vielmehr in erster Linie die Großindustrie. Sie werden die neuen Verbraucherschutzrechte gegenüber ihren mittelständischen Zulieferern dank ihrer überlegenen Machtposition gut zu nutzen wissen. Leidtragende sind kleine und mittelständische Unternehmen insbesondere aus dem baunahen Großhandel und dem Produktionsverbindungshandel.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner anlässlich der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung im Deutschen Bundestag am 10. Juni 2016.

Mit den geplanten Änderungen der kaufrechtlichen Mängelhaftung soll der Käufer einer mangelhaften Ware neben der Lieferung mangelfreier Ware auch dann einen Anspruch gegen den Verkäufer für den Ausbau der mangelhaften Ware und den Einbau der Ersatzware haben, wenn den Verkäufer überhaupt kein Verschulden für den Fehler trifft. Eine solche Garantiehafung des Verkäufers gilt nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Jahr 2011 für den Verkauf an private Verbraucher. Die Entscheidung hat das Gericht auf die EU-Verbrauchsgüterrichtlinie gestützt, die ein möglichst hohes Schutzniveau von Verbrauchern bezweckt. Beim Verkauf an Unternehmen gilt diese Garantiehafung bislang nicht. Dies will die Bundesregierung nun

ändern, um vermeintlich Handwerk und Bauwirtschaft besser zu stellen.

„Im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen ist kein Raum für Verbraucherrecht. Denn die Lieferkette verläuft nicht immer – wie es der Vorstellung des Verbraucherrechts entspricht – ‚von groß nach klein‘. Die geplante Änderung der Haftungsmaßstäbe im Kaufrecht würde die Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen schwer belasten und zu einem rauerem Klima im deutschen Mittelstand führen. Die Regelung muss – wie europarechtlich vorgegeben – auf den Verkauf an Verbraucher beschränkt bleiben“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 9. Juni 2016

DIGITALISIERUNG

Onlineumfrage für den Großhandel verlängert

Die Studie "Digitale Transformation des Großhandels in Deutschland", die der BGA derzeit gemeinsam mit der Unternehmensberatung Roland Berger durchführt, wird noch bis zum **17. Juni** abrufbar sein. Bereits über 200 Unternehmen haben den Fragebogen beantwortet und täglich kann ein höherer Rücklauf registriert werden. Diese Resonanz zeigt, dass das Themenfeld "Digitalisierung" im Großhandel als überaus relevant angesehen wird. Der Onlinefragebogen gliedert sich in die Themenfelder:

- Relevanz der Digitalisierung für den Großhandel
- Digitale Technologien und ihre Auswirkungen auf den Großhandel
- Digitalisierung in der Aufbauorganisation Ihres Unternehmens
- Veränderungen in der Ablauforganisation durch Digitalisierung
- Auswirkungen der Digitalisierung auf die Unternehmenszahlen

Die bisherigen Teilnehmer konnten den Fragebogen innerhalb von 10 Minuten beantworten. Der BGA lädt alle Großhandelsunternehmen herzlich ein, an der Umfrage teilzunehmen beziehungsweise alle Branchen- und Regionalverbände, die Umfrage an ihre Unternehmen weiterzuleiten. Die Ergebnisse der Studie inklusive regionaler Auswertun-

gen und der deutschlandweite Vergleich werden im Anschluss veröffentlicht.

- ① Der Link zum Fragebogen: <https://survey.rolandberger.com/cgi-bin/s.app?A=QHOFitOm>
- ① Bei Fragen zur Onlineumfrage melden Sie sich gerne unter der Mailadresse: digitalisierung@bga.de

[Meike Bährens]

VERKEHR

Wiederaufnahme der Arbeit zur Transportpolitik auf europäischem Niveau

EuroCommerce lanciert eine neue Arbeitsgruppe Transport, welche sich speziell den Belangen des Großhandels widmet. Dies insbesondere in dem Kontext, in dem die politischen Herausforderungen eines einheitlichen europäischen Verkehrsraum und des Klima- und Energiepakets in Brüssel auf der Tagesordnung stehen.

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe Transport fand im ersten Quartal des Jahres 2016 unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Bernd Gruner, Senior Adviser des BGA und Leiter des Brüsseler Büros der CGI, statt. Sie ermöglichte einen Informationsaustausch mit Vertretern der Kommission zu den folgenden Themen:

- Veröffentlichung einer europäischen Strategie zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs deren Veröffentlichung Ende Juni erwartet wird.
- Vorschlag gemeinsamer Prinzipien für die Straßenmautsysteme deren Anwendung den Mitgliedsstaaten empfohlen wird, ohne verpflichtend zu sein (Revision der Eurovignette-Richtlinie).
- Revision der Verordnung bezüglich des Marktzugangs zu den internationalen Frachtverkehr auf der Straße, um die Effizienz des Frachtverkehrs zu verbessern und die Kabotage zu erleichtern.
- Gegenwärtige Situation beim grenzüberschreitenden Verkehr für Lang-LKWs. Die Arbeitsgruppe sprach sich für eine Genehmigung des grenzüberschreitenden Verkehrs zwischen Anrainerstaaten aus, die die Lang-LKWs auf ihren Straßen zulassen.

- Im Bereich der Stadtlogistik sieht das Weißbuch zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum die Erreichung einer im wesentlichen CO₂-freien Stadtlogistik in größeren städtischen Zentren bis 2030 vor. Die Städte sind dabei, ihre Pläne in diesem Bereich auszuarbeiten. Die Kommission erarbeitet derzeit sechs Orientierungsdokumente, um besser die Auswirkungen der logistischen Aktivitäten in der Stadt zu identifizieren und den Stadtverwaltungen Lösungsansätze vorzuschlagen, um die Probleme zu meistern.

Eine Delegation der Transport Arbeitsgruppe von Euro-Commerce traf sich mit der DG Move im Mai in Brüssel, um die Schlüsselrolle des Großhandels in einer effizienten und umweltfreundlichen Versorgung der Städte herauszustellen und die Dienstleistungen in den Bereichen Rückverfolgbarkeit und Produktsicherheit darzustellen. Die Elektrifizierung bietet derzeit noch keine Lösungen für einen effizienten Frachtverkehr in den Städten, vor allem im Bereich der Kühllogistik. Zudem wurde die Notwendigkeit unterstrichen, eine Auswahl verschiedener alternativer Treibstoffe für LKWs wie Flüssiggas bereitzuhalten. Um keine zu große Behinderung für Transportunternehmen zu schaffen, wurde die Kommission angemahnt, die notwendige Angleichung der Vorgehensweise bei der Stadtlogistik zwischen den Städten in der EU zu gewährleisten.

- ① Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Transport wird im Oktober 2016 stattfinden. Das genaue Datum wird mitgeteilt, sobald es feststeht.

[Bernd Gruner]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

BfR verstärkt Kampf gegen Lebensmittelfälschungen

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat das Forschungsprojekt „Animal-ID“ gestartet. Ziel der Maßnahme ist es, neue Prüfmethode zu entwickeln, mit denen Fälschungen von Lebens- und Futtermitteln tierischen Ursprungs in Zukunft leichter nachgewiesen werden können. Mit den neuen Analyseverfahren soll es gelingen, Fälle, in denen zum Beispiel Kuhmilchbestandteile in einem als Schafskäse deklarierten Produkt oder Schweinefleischzusätze in einer Rindersalami zu finden sind, schneller und verlässlicher als bisher zu identifizieren. Das BfR plant unter

anderem, empfindliche und effiziente Schnelltests zu entwickeln, die sowohl in den Betrieben als auch bei der amtlichen Kontrolle leicht anzuwenden sind. So sollen zum Beispiel für weniger verarbeiteten Lebens- und Futtermitteln immunologische Schnelltest geschaffen werden. Diese sollen sich im Gegensatz zu den bisherigen Methoden ohne spezifische Expertise und Labor vor Ort innerhalb von rund zehn Minuten durchführen lassen. Im Projektverlauf wollen die Beteiligten solche immunologische Schnelltests für die wichtigsten Tierarten in Fleischprodukten, also Rind, Schwein, Pferd, Schaf, Ziege, Huhn, Pute, Gans, Ente sowie Ren, Elch und Hirsch, entwickeln.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) fördert „Animal-ID“ aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags. Neben dem BfR sind an dem Projekt das Naturwissenschaftliche und Medizinische Institut an der Universität Tübingen (NMI) und das Institut für Produktqualität GmbH (ifp) als Partner beteiligt.

[Sebastian Werren]

Zitat der Woche

»Man kann kein Omelett machen, ohne die Eier zu zerschlagen.«

Tony Fadell, i-pod Erfinder auf die Frage ob er ein Tyrann sei.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 13. Juni 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich